



München, 30. April 2019

Kommentare – Standpunkte – Meinungen  
Wirtschaftsbeirat Bayern – der Generalsekretär

**Richtungsentscheidung am 26. Mai**  
**Auf ein klares Votum für ein starkes Europa kommt es an**

Die Europäische Union hat viel erreicht

Am Europäischen Binnenmarkt mit 450 Millionen Einwohnern kommt niemand in der Welt so leicht vorbei. Er erlaubt es Europa auch, weltweit Standards zu setzen. Nur der Euro kann eine weltweite Reservewährung sein, nationale Währungen könnten das nicht. In der Schuldenkrise ist es zumindest gelungen, die europäische Wirtschaft zu stabilisieren, wenngleich der Preis dafür hoch ist – Maastricht-Kriterien beschädigt, No-bail-out unglaublich, extrem lockere Geldpolitik mit Negativ-Zinsen und offenen langfristigen Folgen. Immerhin hat die EU neue Institutionen geschaffen wie den EMS, die EZB-Bankenaufsicht oder den Bankenabwicklungsfonds, die helfen können, für mehr Stabilität zu sorgen, wenn sie in punkto Finanzstabilität und Wettbewerbsfähigkeit richtig ausgestaltet und umgesetzt werden. Die Kommission hat globale Internetkonzerne zur Zahlung angemessener Steuern veranlasst und der Ausnutzung von Marktmacht Grenzen gesetzt. Und die Datenschutzgrundverordnung kann, bei allen bürokratischen Problemen, von der Idee her weltweit Maßstab werden. In der Migrationskrise hat das Abkommen mit der Türkei geholfen, die Flüchtlingsströme einzudämmen. Bei aller berechtigten Kritik an den Entwicklungen der letzten Jahre und den offenen Fragen der weiteren europäischen Integration – die EU ist notwendig.

Europa: innerlich zerrissen – von außen unter Druck

Eine ehrliche Analyse muss aber auch feststellen, dass Europa innerlich zerrissen ist und von außen stark unter Druck steht. Manche Länder fühlen sich nicht mehr an die rechtstaatlichen Beitrittskriterien von 1993 oder die Normen des Lissabon-Vertrages gebunden – Ungarn, Polen, Rumänien. Wie steht es neuerdings mit Italien? Hochverschuldete Länder wie Italien, Griechenland oder andere lassen sich auf chinesische Deals im Zuge des Projekts Seidenstraße ein. In der Migrationskrise wollte Deutschland moralische Legitimation Europas sein, das hat die europäischen Partner

irritiert, der deutsche Alleingang in der Energiewende ebenso. Die Euro-Schuldenkrise dividierte den Norden und Süden auseinander, die Flüchtlingskrise den Osten und den Westen. Nationalpopulisten wollen grundsätzlich Unfrieden in der EU stiften und eine antieuropäische Stimmung verbreiten. Und mit dem Brexit wird die EU weniger atlantisch, weniger liberal, weniger global und Dirigismus und Protektionismus gewinnen mehr an Gewicht. Zugleich steht Europa von außen stark unter Druck. Terrorismus, Cyber-Angriffe, Migrationsdruck, Machtstreben Chinas und Russlands sowie eine brüchige Vertrauensbasis innerhalb des Westens – Europa muss handlungsfähiger und krisenfähiger werden. Europa muss „weltfähig“ werden.

### Mehr Souveränität durch engere Zusammenarbeit

Eine selbständigere Rolle Europas, mehr Souveränität Europas wäre allein schon durch eine engere Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten im Staatenverbund zu erreichen. Hier ist bereits einiges geschehen. Die ständige strukturierte Zusammenarbeit in der Verteidigungspolitik, der Europäische Verteidigungsfonds und synchrone Verteidigungsplanungen sind das Fundament einer Europäischen Verteidigungsunion. Der Ausbau der Frontex stärkt den Schutz der europäischen Außengrenzen. Deutschland als größtes und wirtschaftlich stärkstes Mitgliedsland kommt dabei eine besondere strategische Verantwortung zu. Das heißt zum einen, auf nationale Alleingänge zu verzichten, sich mit europäischen Partnern, allen voran Frankreich abstimmen, seine Bündnisfähigkeit unter Beweis stellen, so in der Außen- und Sicherheitspolitik (Verteidigungsausgabe, Rüstungsexportpolitik). Dies beinhaltet auch, unabhängig vom Ausgang des Brexits auch Großbritannien weiterhin politisch möglichst eng einzubinden. Zum anderen muss Deutschland in der Außen- und Sicherheitspolitik, in der Flüchtlingspolitik, in Fragen der Wirtschafts- und Währungsunion, in der Energiepolitik, in der Handelspolitik und auch beim Brexit etc. mit klaren strategischen Konzepten auf die Europäischen Partner zugehen.

### Die Europäische Union muss sich reformieren

Es geht dabei zum einen um eine Belebung des Subsidiaritätsprinzips. Um die Fliehkräfte der EU zu stoppen, brauchen die Mitgliedstaaten einen Ordnungsrahmen, der Flexibilität und Spielräume für unterschiedliche kulturelle Auffassungen und nationale Besonderheiten lässt. Allen Bestrebungen in Richtung eines europäischen Zentralismus, europäischen Etatismus, der Vergemeinschaftung von Schulden, eines europäischen Sozialsystems, eines europäischen Mindestlohns ist entgegenzutreten. Die Verantwortung für die eigene Wettbewerbsfähigkeit und stabile Finanzen muss in nationaler Verantwortung bleiben. Wir brauchen eine Härtung der Budgetrestriktionen, das Band zwischen Haftung und Verantwortung muss erhalten bleiben. Solidarität mit den Partnerländern ja. Hilfe der Mitgliedstaaten kann aber immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Hilfen müssen immer an Bedingungen geknüpft sein. Auch ein EWS darf weder der Flucht aus der Konditionalität den Weg ebnen, noch die demokratische Legitimation dieser Hilfen untergraben. Diese Linie muss Deutschland weiter halten.

### Klares Votum für ein starkes Europa

Europa kann nicht gegen die historisch gewachsenen Nationen vereinigt werden, sondern nur mit Ihnen und durch sie. Eine verstärkte Zusammenarbeit der europäischen Staaten, die am Rechtsstaat, an der politischen Kultur der westlichen Demokratie und am europäischen Einigungsgedanken festhalten, eine Erneuerung der EU in Richtung gelebte Subsidiarität, ein stabiler Ordnungsrahmen und eine Fokussierung der EU auf große gemeinschaftliche Themen, darum muss es gehen. In der Konkurrenz zwischen neuen globalen Machtblöcken, gegenüber neuem Protektionismus, gegenüber Autokraten und Terrorismus muss Europa als Ganzes für seine Werteordnung eintreten, für die zentralen Freiheitsrechte, parlamentarische Demokratie, Herrschaft des Rechts, Soziale Marktwirtschaft. Das Europäische Parlament braucht ein klares Votum für ein starkes Europa in diesem Sinne, damit Europas Stimme in der Welt im Wettbewerb der Systeme das politische Gewicht erhält, das Europa wirtschaftlich zusteht. Die Europawahl ist eine Richtungsentscheidung.

Dr. Johann Schachtner  
Generalsekretär